

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie
und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Kubatschka, Dr. Peter Glotz,
Volker Jung (Düsseldorf), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/1424 –

Energieforschung

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Simone Probst,
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Antje Hermenau, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/1935 –

Energie für die Zukunft

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Lenzer, Hans-Otto Schmiedeberg,
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Dr. Karlheinz Guttmacher und der Fraktionen
der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/3610 –

Forschung zur Sicherung der Energieversorgung und für ein besseres Klima

A. Problem

Die mit der derzeitigen Energiewandlung und -nutzung verbundenen Emissionen, insbesondere von CO₂ und Methan sowie troposphärischem Ozon tragen in erheblichem Maße zum Treibhauseffekt bei. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich daher verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen um 25 % bis zum Jahre 2005 bezogen auf 1990 zu reduzieren. Die staatlich geförderte Energieforschung muß sich stärker an dieser neuen Herausforderung ausrichten.

B. Lösung

Die zukünftige Energieforschung muß für jeden Energieträger den gesamten Umwandlungsprozeß, von der Exploration der Rohstoffe bis zur Behandlung und dem Verbleib der Rückstände abdecken und den Ergebnissen der Klimaforschung Rechnung tragen. Dies gilt insbesondere für den weltweit immer noch anwachsenden Einsatz der festen fossilen Energieträger Stein- und Braunkohle. Die staatlich finanzierte Grundlagenforschung muß in verstärkter Form und in internationaler Kooperation nach neuen Möglichkeiten der Energieerzeugung und der Behandlung und des Verbleibs der Rückstands- und Abfallprodukte des Energiegewinnungsprozesses suchen. Hierzu zählen auf der einen Seite alle Arten der Nutzung regenerativer Energieträger, aber auch innovative Kernreaktoren, die einschneidende Maßnahmen zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen außerhalb des abgeschlossenen Gebäudes der Anlage nicht erforderlich machen. Im Bereich der anwendungsnahen Energieforschung müssen die vorhandenen Mittel so verteilt werden, daß die Bereiche, in denen mit dem geringsten Einsatz öffentlicher Mittel die größtmögliche zusätzliche CO₂-Einsparung zu realisieren ist, den Schwerpunkt der Fördermaßnahmen bilden. Die Optimierung oder Weiterentwicklung bereits im kommerziellen Einsatz befindlicher Energieumwandlungstechniken gehört grundsätzlich in die Hände der Industrie und Energieversorgungsunternehmen. Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß die Energiebranche einen Weg finden wird, wie sie verstärkte Beiträge zu den erforderlichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten organisiert und finanziert.

Die Bundesregierung muß die in der Vergangenheit erfolgreichen Energieforschungsprogramme in einem vierten Energieforschungsprogramm schwerpunktmäßig noch stärker auf die Ziele des Klimaschutzes ausrichten. Die deutsche Energieforschung muß dabei stärker in die europäische Energieforschung integriert werden. Ein Konsens der Europäer über die Ziele der zukünftigen Energieforschung ist zudem eine tragfähige Grundlage für die Akzeptanz des Energieforschungsprogramms in Deutschland.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Die Fraktion der SPD fordert in ihrem Antrag eine Ausrichtung der zukünftigen Energieversorgung auf effiziente und solare Energietechniken. Dazu soll ein neues Energieforschungsprogramm einen wesentlichen Beitrag liefern. Die staatliche Förderung der nuklearen Energieforschung ist einzustellen. Die nukleare Sicherheits- und Entsorgungsforschung soll durch einen Fonds finanziert werden, in den Industrie und die EVU einzahlen. Die Forschungsschwerpunkte der nicht-nuklearen Energieforschung sollen durch Umschichtungen im Forschungshaushalt finanziell besser ausgestattet werden. Der Haushaltsansatz für Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien soll um 100 Mio. DM pro Jahr aufgestockt werden. Außerdem soll ein stärkeres

finanzielles Engagement der Industrie und der EVU bei der Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen erreicht werden. Die Schaffung eines Fonds für Energieeinsparforschung soll im Energiegesetz verankert werden. Den Bedürfnissen der Länder der Dritten Welt soll in besonderem Maße bei der Formulierung des Forschungsprogramms Rechnung getragen werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgt mit ihrem Antrag eine ähnliche Schwerpunktsetzung für ein neues Energieforschungsprogramm wie die Fraktion der SPD. Auch sie fordert entgegen der mehrheitlichen Beschlußempfehlung des Ausschusses den Ausstieg aus der staatlichen Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernspaltungsenergie. Die nukleare Entsorgungsforschung sollte mit einer neuen Ausrichtung fortgesetzt werden. Darüber hinaus fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Ausstieg aus der staatlichen Forschung und Entwicklung der Kernfusionsenergie. Sie fordert weiterhin die Entwicklung von Programmen, um die Menschen zu Verhaltensänderungen beim Energieverbrauch zu motivieren. Die zukünftige Energieversorgung in den Industrieländern sollte eine Vorbildfunktion für die Entwicklungs- und Schwellenländer haben. Die finanziellen Mittel für die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in den Bereichen rationeller Energienutzung, erneuerbarer Energien, Technologietransfer in die Länder des Südens und der Erforschung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen sollen um 300 Mio. DM erhöht werden.

D. Kosten

Keine Angaben.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1424 – abzulehnen,
- b) den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1935 – abzulehnen,
- c) den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3610 – anzunehmen.

Bonn, den 28. Februar 1996

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Hans-Otto Schmiedeberg
Berichterstatter

Horst Kubatschka
Berichterstatter

Simone Probst
Berichterstatterin

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Hans-Otto Schmiedeberg, Horst Kubatschka, Simone Probst, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann und Wolfgang Bierstedt

1. Überweisungen

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1424 – wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 77. Sitzung am 7. Dezember 1995 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1935 – wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 77. Sitzung am 7. Dezember 1995 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3610 – wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 83. Sitzung am 1. Februar 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

2. Zum Inhalt der Anträge

Die vorliegenden Anträge

- der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. in Drucksache 13/3610
„Forschung zur Sicherung der Energieforschung und für ein besseres Klima“,
- der Fraktion der SPD in Drucksache 13/1424
„Energieforschung“ und
- der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 13/1935
„Energie für die Zukunft“

haben die Definition von Zielsetzungen und Schwerpunkten eines neuen Energieforschungsprogramms der Bundesregierung zum Inhalt. Die Forderung und die Beschreibung eines neuen Energieforschungsprogramms wird insbesondere damit begründet, daß eine Trendumkehr bei der Entwicklung des Anteils an Treibhausgasen in der Atmosphäre, deren Folgen allseits als Bedrohung für Mensch und Umwelt empfunden werden, erreicht werden muß.

In allen drei Anträgen ist eine Übereinstimmung bei folgenden Zielsetzungen festzustellen:

- weltweite Reduzierung der CO₂-Emissionen;
- Ausrichtung der Energieforschung auf
 - Verfügbarkeit,
 - Versorgungssicherheit,
 - Umwelt- und Klimaverträglichkeit;
- Ausrichtung der Forschungsschwerpunkte auf
 - Energieeinsparung,
 - rationelle Energienutzung,
 - Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energieträger;
- Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder der Dritten Welt bei der Formulierung von Förderprogrammen.

Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der SPD stimmen in ihren Anträgen weiterhin darin überein,

- die Energieforschung des Bundes mit dem europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung abzustimmen.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen in ihren Anträgen darin überein,

- die interdisziplinäre Forschung zur Überwindung von Umsetzungshemmnissen bei Energiesparpotentialen, die Erforschung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen sowie Technikfolgenabschätzungen zu fördern.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. einerseits und den Anträgen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN andererseits besteht in der Einstellung zur Kernenergienutzung und -forschung sowie der damit im Zusammenhang stehenden Weiterentwicklung der nuklearen Entsorgungsverfahren. Während die Koalitionsfraktionen neben der einvernehmlich geforderten verstärkten Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen auch gleichrangig die Entwicklung neuartiger, inhärent sicherer Reaktorkonzepte inklusive Sicherheitsforschung, neuartiger Brennelemente mit minimalem radioaktivem Abfall sowie der nuklearen Entsorgungstechniken fordern, lehnen die Oppositionsfraktionen die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Reaktortechnik und Brennelementfertigung als Mittel zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen prinzipiell ab.

Als Besonderheiten in den vorliegenden Anträgen sind zu nennen:

- Im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.:
 - Einbeziehung von Abfall/Müll in die Kategorie nutzbarer erneuerbarer Energiequellen;
 - vorbehaltlose Erforschung und Förderung nuklearer Entsorgungstechnologien;
 - Prüfauftrag an die Bundesregierung, „ob ein Vorstoß zum Erhalt der nuklearen Kompetenz, welcher vergleichbar mit dem in den Niederlanden erfolgreichen PINK-Programm die Innovationspotentiale in der Kernenergietechnik beschreibt, prinzipiell zur Konsensfindung in Deutschland ähnlich positiv beitragen kann“;
 - Berichts-anforderung an die Bundesregierung, „wie sich die wichtigsten Industriestaaten einschließlich China hinsichtlich ihres Beitrags zur CO₂-Minderung verhalten wollen und welche Forschungs-bemühungen dort unternommen werden“;
 - Appell an die Energiebranche, verstärkte Beiträge zu den erforderlichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu organisieren und zu finanzieren;
 - verstärkte Einbindung der deutschen Energieforschung in die europäische Energieforschung in der Erwartung, daß dadurch die Akzeptanz einer zukünftigen Kernenergienutzung verbessert wird;
 - „Förderung der europäischen koordinierten Forschung und Entwicklung zur kontrollierten Kernfusion mit dem Ziel, am Bau eines Versuchs- bzw. Demonstrationsreaktors in internationaler Kooperation mitwirken zu können“.
- Im Antrag der Fraktion der SPD:
 - Stop der staatlichen Förderung bei der nuklearen Energieforschung;
 - Gründung eines Fonds durch die Industrie und die EVU, aus dem die weiterhin erforderliche nukleare Sicherheits- und Entsorgungsforschung bezahlt werden soll;
 - stärkere Beteiligung von Industrie und EVU an der Finanzierung der nicht-nuklearen Energieforschung;
 - Schaffung eines Fonds für die Energieeinsparung durch die Energiewirtschaft und Verankerung dieser Verpflichtung im Energiegesetz;
 - Aufstockung des Haushaltsansatzes für Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energiequellen um 100 Mio. DM pro Jahr.
- Im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
 - Einstellung der Forschung im Bereich der Kernspaltungs- und Kernfusionsenergie;
 - Finanzierung der nuklearen Entsorgungsforschung durch die Verursacher des radioaktiven Abfalls;
 - Aufstockung der staatlichen Mittel für die Energieforschung um 300 Mio. DM (die Mittel sollen durch Umschichtung im Forschungshaushalt aus den Bereichen Kernenergieforschung, Fusionsforschung und bemannte Raumfahrt finanziert werden);
 - Entwicklung von Programmen zur Motivation der Menschen zur Verhaltensänderung bzw. für einen Lebensstil auf niedrigem Energieniveau;
 - Verknüpfung von forschungspolitischen mit bildungspolitischen Ansätzen zur Kompetenzsteigerung von Planungsakteuren und Handwerk zur Beschleunigung des Know-how-Transfers in den Bereichen regenerative Energien und rationelle Energienutzung;
 - weitgehende Umstellung der Energieversorgung auf die umweltschonenden Energiequellen Sonne, Wind, Wasser und Biomasse;
 - Erhöhung der Energiepreise durch eine Energiesteuer.

3. Beratungsverlauf in den Ausschüssen

3.1 Mitberatende Ausschüsse

a) Den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1424 – hat

- der Ausschuß für Wirtschaft in seiner 25. Sitzung am 7. Februar mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt;
- der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in seiner 25. Sitzung am 31. Januar 1996 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt;
- der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in seiner Sitzung am 17. Januar 1996 einstimmig mit der Maßgabe angenommen, daß der letzte Absatz unter III. 3 folgende Fassung erhält: „Den Entwicklungsländern ist durch gezielte Informationen der Vorteil des Einsatzes erneuerbarer Energien noch intensiver zu vermitteln. Entsprechende Initiativen der Entwicklungsländer in der Frage der Anwendung und Förderung alternativer Energiequellen sind durch Förderprogramme zu unterstützen. Hierbei ist von seiten der Bundesregierung insbesondere auf finanzielles Engagement durch die Weltbank hinzuwirken.“;
- der Haushaltsausschuß in seiner Sitzung am 7. Februar 1996 mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der

Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.

b) Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1935 – hat

- der Ausschuß für Wirtschaft in seiner 25. Sitzung am 7. Februar 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt;
- der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in seiner 25. Sitzung am 31. Januar 1996 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.

c) Den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3610 – hat

- der Ausschuß für Wirtschaft in seiner 25. Sitzung am 7. Februar 1996 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen;
- der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in seiner 26. Sitzung am 7. Februar 1996 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Gruppe der PDS angenommen.

3.2 Federführender Ausschuß

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 7. Februar 1996 beraten.

Die Fraktionen im Ausschuß stimmen darin überein, daß die Verminderung der CO₂-Emission bei der Umwandlung und Nutzung von Energie eine wichtige Zielsetzung des neuen Energieforschungsprogramms sein soll. Weiterhin stimmen sie darin überein, daß die Erschließung des Potentials der erneuerbaren Energiequellen sowie die Entwicklung von Techniken zur Energieeinsparung und rationellen Energienutzung Schwerpunkte des neuen Energieforschungsprogramms sein sollen. Darüber hinaus sollten Initiativen der Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Forschung und Anwendung regenerativer Energiequellen unterstützt werden.

Die Sprecher der Fraktion der CDU/CSU betonen, daß die Kernenergie ein Bestandteil in einem Energiemix zur Deckung des zukünftigen Energiebedarfs sein muß. Die Entwicklung eines inhärent sicheren Reaktorkonzepts, die Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten der nuklearen Brennelemente sowie die weitere Entwicklung der Entsorgungstechniken seien wichtige Beiträge, um das Ziel einer Reduzie-

rung der CO₂-Emission zu erreichen. Im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hätte die Fraktion der CDU/CSU dem Antrag der Fraktion der SPD nur unter dem Aspekt der Förderung der Energieforschung in den Entwicklungsländern zugestimmt. Daraus dürfe nicht geschlossen werden, daß die Fraktion der CDU/CSU im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sich für einen Verzicht auf Kernenergie ausgesprochen habe. Erneuerbare Energiequellen können auch in Zukunft nur einen kleinen Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs eines Industrielandes leisten. Die Forderungen in den Anträgen der Oppositionsfraktionen, die EVU zu verpflichten, die nukleare Entsorgungsforschung zu finanzieren, werde abgelehnt.

Die Sprecher der Oppositionsfraktionen lehnen einmütig die von den Koalitionsfraktionen geforderte weitere staatliche Förderung der nuklearen Energieforschung ab.

Die Sprecher der Fraktion der SPD erklären, daß die Fusionsforschung in ihrem vorliegenden Antrag bewußt ausgeklammert sei. Im Unterschied zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimme die Fraktion der SPD der Fusionsforschung als Grundlagenforschung zu. Die Tendenz im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Forderung nach verstärkter Forschung zur Ermittlung und Nutzung von Energieeinsparpotentials, zur Effizienzsteigerung und zur Förderung regenerativer Energiequellen einerseits, bei gleichzeitigem Ausstieg aus der staatlichen Kernenergieforschung andererseits, werde – in dieser allgemeinen Formulierung – von der Fraktion der SPD ähnlich gesehen. Die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Erhöhung der Mittel für die Forschungsförderung erneuerbarer Energiequellen und der rationellen Energienutzung um 300 Mio. DM sei angesichts der Haushaltslage jedoch illusorisch. Die Markteinführung der erneuerbaren Energien würde durch andere Anträge der Fraktion der SPD abgedeckt. Im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fehle außerdem der Hinweis auf die Finanzierung der Sicherheitsforschung für bestehende und stillgelegte Kernkraftwerke. Zum Antrag der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. erklären die Sprecher der Fraktion der SPD, daß dieser Antrag sehr stark auf die nukleare Energieforschung abhebe und dadurch die Mittel für die Forschung im nicht-nuklearen Bereich blockiere. Ein mit öffentlichen Mitteln geförderter Einstieg in die Entwicklung neuer Reaktorkonzepte, sei für die Fraktion der SPD nicht akzeptabel.

Die Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren im Antrag der Koalitionsfraktionen außer der Fortsetzung der Förderung der Kernenergienutzung, daß dieser Antrag nahezu ausschließlich technologieorientiert sei und dadurch die wichtigen interdisziplinären und gesellschaftlichen Forschungsfelder im Energiebereich ignoriere. Die Koalitionsfraktionen würden zu wenig die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung, insbesondere bei der Nutzung der Kernenergie, betrachten. Wichtig sei auch die Forschung zur Änderung der Verhaltensweise der Energieverbraucher. Die

Forderung nach einer Abstimmung mit den EU-Programmen sei prinzipiell sinnvoll und zu begrüßen. Allerdings seien die dortigen Forschungsprogramme zu sehr „atomlastig“ und regenerative Energien seien im vergangenen Jahr diskriminiert worden. Im Antrag der Fraktion der SPD kritisiert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im nuklearen Bereich die unklare Position zur Kernfusion und die Forderung nach einer Fortsetzung der nuklearen Sicherheitsforschung. Im fossilen Bereich werde die Kohlenutzung im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern überbetont.

Der Sprecher der Gruppe der PDS erklärt, daß der Antrag der Koalitionsfraktionen abgelehnt werde, weil die Gruppe der PDS eine kritische Haltung gegenüber einer weiteren Kernenergienutzung einnehme. Dem Antrag der Fraktion der SPD könne die Gruppe der PDS weitgehend zustimmen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner 24. Sitzung am 7. Februar 1996 die folgenden Beschlüsse gefaßt:

- Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1424 – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
- Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1935 – mit den

Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS;

- Annahme des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3610 – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS.

Am 28. Februar 1996 hat der federführende Ausschuß in einer Erweiterten öffentlichen Ausschußberatung (EöAB) eine Schlußberatung der überwiesenen Vorlagen durchgeführt. Der Verlauf dieser Ausschußberatung wurde in einem Stenographischen Bericht (EöAB 13/2) festgehalten und veröffentlicht.

Am Ende der Erweiterten öffentlichen Ausschußberatung hat der federführende Ausschuß den Entwurf der Beschlußempfehlung in Ausschuß-Drucksache 13-260 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS zugestimmt.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung bittet den Deutschen Bundestag, der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu folgen.

Bonn, den 28. Februar 1996

Hans-Otto Schmiedeberg

Berichterstatter

Horst Kubatschka

Berichterstatter

Simone Probst

Berichterstatterin

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Berichterstatter

Wolfgang Bierstedt

Berichterstatter